

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anfündigungs- teile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingehalt 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichungsblätter der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und präsidialen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 14

Mittwoch, 19. Januar

1921

Die Ernährungsministerkonferenz.

(W. M.) Die Konferenz der Ernährungsminister, die am 15. Januar in Dresden tagte, hat sich mit den Mindestpreisen für Getreide der Ernte 1921 befaßt, wobei auch von mehreren Seiten die Form der Bewirtschaftung in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde.

Der Reichsminister Dr. Hermes gab der Aufassung des Reichsministeriums Ausdruck, daß die öffentliche Bewirtschaftung aufrechterhalten werden müsse, daß aber die bisherige Form der Bewirtschaftung nicht mehr beibehalten werden könne. Der überwiegende Teil der Konferenzteilnehmer schloß sich dieser Auffassung an; die Stellungnahme der Konferenz wurde noch besonders festgelegt durch die Annahme eines Entwurfs Eidenbargs, welcher lautet:

Die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides, der Getreide und des Haferes sind der Ernte 1921 muß aufrechterhalten werden. Mit der Feststellung der Mindestpreise wird jedoch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß das bisherige System der Bewirtschaftung nicht fortgeführt werden kann. An Stelle des bisherigen Systems muß das Anlagensystem in erster Linie in Erwägung gezogen werden, wobei die Einzelheiten noch näherer Regelung vorzudenken sind. Für den Fall, daß dieses System gewählt wird, müssen Gemeinde und Kreis Träger der Lieferung werden und muß der Reichsgetreideverwaltung eine Bestimmung eingefügt werden, nach der für durch Umlage zur Abfertigung geschickte aber nicht zur Abfertigung gelangte Mengen im Verwaltungswege Vergütung in Höhe des Mehrschusses des Höchstpreises, mindestens des Weltmarktpreises, verlangt werden kann.

Die Gesamtsache der Getreidewirtschaft soll in der nächsten Ministerkonferenz behandelt werden. Bis dahin will das Reichsministerium eine Denkschrift über die Möglichkeiten der verschiedenen Systeme vorlegen.

Das Reichsministerium gab weiter Kenntnis von der beabsichtigten Regelung der Ein- und Ausfuhrfragen, besonders über die Freigabe der Einfuhr weiterer Lebensmittel. Es sollen vom Reichsministerium ausgearbeitete Richtlinien maßgebend sein. Entsprechend den wiederholt von den Ländern geäußerten Wünschen soll die Erteilung der Einfuhrbewilligung innerhalb der Richtlinien dezentralisiert werden.

Endlich wurde noch die Abgabe von verbilligten Futtermitteln behandelt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt, zwei Wege zur verbilligten Abgabe einzuschlagen, und zwar soll einmal verbilligter Mais für vertragliche Schweineweise gegeben werden und zweitens soll für Abfertigung von Brotgetreide von der Erfüllung eines bestimmten Prozents des Vorkaufes an verbilligter Mais gegeben werden. Die Vorschläge des Reichsministeriums sowohl über die Abänderungen in der Ein- und Ausfuhr wie über die Abgabe von verbilligtem Mais fanden grundsätzlich die Zustimmung der Versammlung. Im Laufe der Konferenz hatte der Minister noch Mitteilungen über die Versorgung von Düngemitteln gemacht. Der Reichsfinanzminister hat dem Vorschlag des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zugestimmt, welcher dahin geht, daß das Reich die Garantie für einen bestimmten Dollarkurs übernimmt, um die Salatschwankungen für die notwendig einzuführenden Rohphosphate zu beseitigen. Es kommt dabei eine einzuführende Menge von monatlich 40 000 Tonnen in Betracht. Der garantierte Kurs ist dabei so gewählt, daß in diesem längerjährigen eine Verbilligung nicht eintritt, wohl aber im nächsten längerjährigen. Das Kabinett hat ebenfalls seine Zustimmung zu diesem Plane gegeben, der nunmehr den eingehenden Körperlichkeiten zugeleitet wird. Aber die Düngemittelfrage ist eine wesentliche Vorbereitung, die der nächsten Konferenz der Ernährungsminister vorgelegt werden soll.

Die nächste Konferenz der Ernährungsminister wird im Laufe des Monats Februar in München tagen.

Die polnische Gefahr für Oberschlesien.

Kampfororganisationen.

Kattowitz, 18. Januar. Ergänzend zu dem urkundlichen Material, das der Rote beigegeben wurde, welche die Reichsregierung am 13. Januar der Volkskammerkonferenz hat überreichen lassen, wird gemeldet:

General Lerond, General Marinis, dem Oberst Percival, der Staatsanwaltschaft in Oppeln und dem Kommandant der Apo, Major Damm-Oppeln ist Anzeige erstattet worden von der Erziehung eines polnischen Stoßtrupps in Brinnip.

Unter den generellen Anweisungen finden sich folgende: Zur Zeit der Abkündigung sind die Trupps verpflichtet, sofort die Telephonleitungen durchzuschneiden, Bahnhöfe, Telegraphenämter, überhaupt alle Regierungs- und Beamtenstellen zu besetzen, die Brücken zu sprengen, überhaupt jeden Verkehr nach Deutschland zu unterbinden. Die deutsche Abwehrpolizei soll entwaflnet werden. In der Eingabe wird weiter gesagt, daß täglich 50 Mann aus dem Posenischen und 50 Mann aus Polen, ausgebildete Soldaten, nach Oberschlesien kommen. Es handelt sich dabei nicht um einen vereinzelt dastehenden Fall einer Militärorganisation, die nach dem Friedensvertrag für Oberschlesien verboten sind, sondern solche Kampfororganisationen sind in den verschiedensten Teilen des Industriebezirks bereits offenbar geworden. So in

den Kreisen Kattowitz und Beuthen, in Friedenthal, Goczertowitz, Pilsendorf und Mikulisch.

Ausführungen.

Wyslowitz, 18. Januar. Am Sonnabend nachmittags erschien beim Fleischermeister Kasinski in Kattowitz ein Beamter der Abwehrpolizei, der mit drei anderen zu Hilfe geeilt war, und vier Zivilpersonen; drei Zivilisten wurden sehr schwer verletzt. Die Regierung hat 15 000 R. Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Rybnitz, 18. Januar. Am Freitag wurde in die Wohnung eines Ingenieurs in Kattowitz eine Brandbombe geworfen, die großen Sachschaden anrichtete. Am Sonnabend stürzte eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann das Gasthaus der Frau Lach in Potoschow und raubte u. a. 40 000 R. Der Pflugesohn der Frau Lach, der deutschgestimmt und schon einmal nach Polen verschleppt worden war, wurde aufs neue von den Banditen weggeführt. Am Tage darauf wurde er im Walde bei Potoschow tot aufgefunden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustande.

Wärmewirtschaftliche Abteilung beim Landeskohlenamt.

(N.) Das Kohlenabkommen von Spa hat, wie vorausgesehen war, die Versorgung der Industrie mit Kohlen weiter wesentlich verschlechtert; selbst der fast eingeschränkte Bedarf konnte nicht entspannt gedeckt werden. Die hochwertigen Sorten sind nicht einmal mehr für die Zwecke, für die sie unentbehrlich sind, auch nur annähernd vorhanden und der Reichskohlenkommission hat deshalb erneut auf die Notwendigkeit einer sachgemäßen Wärmewirtschaft hingewiesen müssen. Bei dem Landeskohlenamt für Sachsen und Sachsen-Altenburg, Dresden-N., Bismarckplatz 1, ist infolgedessen eine wärmewirtschaftliche Abteilung errichtet worden, deren Aufgabe es ist sich sowohl dem Hausbrand wie der Industrie in Fragen der bestmöglichen Ausnutzung der Kohle und Wärme zur Verfügung zu stellen. Für den Hausbrand sind ferner örtliche Heizberatungsstellen schon errichtet, teils im Entstehen begriffen, während für die Industrie außerdem die Dampfesselüberwachungsvereine jedem Betriebe in Fragen der Wärmewirtschaft zur Verfügung stehen, damit durch Reibschon- und Feuerungscontrollen und Aufstellung einer Wärmebilanz die höchstmögliche Ausnutzung der Kohlen sowie weiter des erzeugten Dampfes erreicht wird. Das Landeskohlenamt erläßt die Aufforderung, sich in allen Fällen, in denen eine Beratung in Feuerungsfragen und Wärmeausnutzung für notwendig gehalten wird, sich mit seiner wärmewirtschaftlichen Abteilung in Verbindung zu setzen.

Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 18. Januar. Die Beratungsinstanzen des Reichsministeriums, Sachverständigenrat und Räte der Tarifauskunft, sind einig, die notwendigen Maßnahmen der Eisenbahnen durch eine organisch durchgeführte höhere Belastung der verschiedenen Güterarten und Warenklassen durchzuführen, wobei vorwiegend die höherwertigen Güter am stärksten belastet werden. Es soll vermieden werden, daß die Gütermittel und eine Anzahl wichtiger Waren übermäßig belastet werden. Im Personenverkehr wird sich die nötige Preisveränderung in möglichem Umfange halten. Jedoch soll der Fahrpreiserhöhung nicht verwehrt werden.

Posenische und pommerellische Selbständigkeitsbestrebungen.

Warschau, 18. Januar. Die Zeitung „Przeglad Wlochycki“ bringt alarmierende Meldungen über Vorbereitungen zu einer großangelegten separatistischen Bewegung aus den gesamten posenischen u. pommerellischen Gebieten, die sich gegen die Warschauer Zentralregierung richtet.

Das Kabinett Briand.

Paris, 17. Januar. Die „Matin“ mitteilt, daß sich das Kabinett Briand aus 13 Abgeordneten und 2 Senatoren zusammen. Die Senatoren sind Doumer und Marraud. Der Parteivorsitz ist ein Mitglied des Kabinetts sozialistischer Republikaner (Briand), vier sind Radikale (Doumer, Marraud, Sarraut und Vincent), vier Mitglieder der demokratischen Linken (Barthou, Guisot, Maginot und Berard), zwei linksrepublikanische (Le Troquer und Loucheur), vier Mitglieder der republikanischen Vereinigung (Bonnenay, Lefevre du Prey, Dior und Berard). Loucheur ist nicht nur Minister für die besetzten Gebiete, sondern auch für die Reparation. In dem neuen Ministerium sind vier Mitglieder, die noch nie einem Kabinett angehört haben: Marraud, Bonnenay, Lefevre du Prey und Dior.

Vertagung der französischen Kammer.

Paris, 18. Januar. Wie der „Matin“ meldet, wird die für heute nachmittags einberufene Kammer sich nach einer rein formellen Sitzung auf Donnerstag vertagen. Die endgültige Formulierung der Regierungserklärung findet heute im Ministerrat statt. Wie dasselbe Blatt weiter meldet, liegen in der Kammer bereits acht Interpellationen vor.

Schneemassen in Berlin.

Berlin, 18. Januar. Während der Nacht sind über Berlin und Umgegend ungeheure Schneemassen niedergegangen. In den Vororten ist der Straßenverkehr fast vollständig. Der Straßenbahnverkehr läuft vollständig. Elektrisch betriebene Schneepflüge machen allmählich die Gleise frei. Der Vorortverkehr ist unregelmäßig und hat fortwährend Verspätungen. Die Temperatur hält sich über dem Nullpunkte.

Großes Eisenbahnunglück in Finnland.

Kopenhagen, 18. Januar. „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Ein großes Eisenbahnunglück fand auf der Bahn zwischen Luga und Kowgorod statt. Eine Dampflokomotive, welche für die Bauern bestimmt war, um gegen Getreide ausgetauscht zu werden, explodierte im Zuge. Von den darin befindlichen 82 Personen kamen 68 am

50 Jahre Deutsches Reich.

Mit der Errichtung des Deutschen Kaiserreichs am 18. Januar 1871 in der Spiegelsaal des Berliner Schlosses kam eine Bewegung hundertjährigen deutschen Sehns, Sagens und Ringens um nationale Einheit und Einheit zum Abschluß. Es war nicht deutsche Schuld, daß, um dieses Ziel zu erreichen, erst Mitteldeutschland nach Frankreich hineingehen und auf den Schlachtfeldern sein Recht auf eigenes staatliches und nationales Dasein und die ihm in der Völkergemeinschaft gebührende Nachstellung erkämpfen mußte. Napoleon III. der schon in die italienische Einigungsbewegung sich eingemischt und als Schiedsrichter in dem Auseinandergehen mit Österreich sich aufgebrängt hatte, wollte auch gegenüber Deutschland eine Art Oberhoheit ausüben. Der Prozeß, den er nach den alten französischen Rezepten Nihilismus, Ludwig XIV. und des ersten Bonaparte gegen das neue Deutschland einleitete, endete damals in der Hochstimmung nationalen deutschen Einheitsbewußtseins und gegenüber überlegener Bismarckscher Staatskunst mit einer Niederlage. Aber einer der großen Paladine Kaiser Wilhelms, Nolte, prophezeite bald, daß wir in 50 Jahren erneut um das Deutsche Reich zu kämpfen haben würden. Diese Prophezeie ist nur zu sehr Wirklichkeit geworden. Deutschlands Schwäche, furchtbare Erziehungskämpfe war ein Kesselstreben aller gegen das eine Volk, das dank seiner Einigung einen beispiellosen Aufstieg in wenigen Jahrzehnten erreicht hatte, und das, koste es was es wollte, von seinen Feinden erniedrigt werden sollte.

Wenn wir in solcher Zeit, noch mitten im entscheidenden Ringen um unser Leben, den 18. Januar zu einem deutschen Gedenktag wie nie zuvor machen, so tun wir's im Zeichen der alten Lutherworte: „Und wenn die Welt voll Teufel wär! — Das Reich muß uns doch bleiben.“ König Wilhelm von Preußen, der auf Antrag der deutschen Volksvertretungen mit Zustimmung sämtlicher deutschen Fürsten und Stämme die Kaiserkrone annahm, gehörte zu denen, die sich der Vorsehung und ihrem Willen fromm und demütig beugen. Der damalige Hofprediger Rogge, der die Predigt bei der Feier im Berliner Schloß hielt, hat in seinen Erinnerungen immer wieder auf diese schlichte Charaktergröße des ersten deutschen Kaisers hingewiesen. Es gibt auch für die heutige Generation keinen anderen Weg zum Verstehen, Ertragen und Überwinden des deutschen Schicksals als den, den die Väter unter den Deutschen in langer unermüdlicher Arbeit von Jena bis Sedan und Versailles gegangen sind. Auch bei den schwersten Katastrophen und in den schwierigsten inneren Lagen müssen wir die inneren geschichtlichen Kräfte, die seit mehr denn tausend Jahren die deutschen Stämme in Not und Tod, in guten und schlechten Zeiten zusammenschweißen haben, wieder lebendig machen. Ein Volk wie das deutsche kann nicht untergehen; kein Feind kann ihm das Recht, das mit ihm geboren worden ist, nehmen, ein Volk, eine Nation, ein Reich zu sein; nur an uns selbst kann der Segen scheitern, den die im geschichtlichen Werden der Völker waltende Macht auch für Deutschland so oft bereit gehalten hat und fernwehnt bereit hält.

Prophetisch hat einst Geibel gesungen:

Wenn verbündet Ost und West
wider dich zum Schwerte fassen,
wisse, daß dich Gott nicht läßt,
so du nicht dich selbst verläßt.

Und auch in Freisings Reichslied klingt das verhängnisvolle „Wenn“ ernst und entscheidungsschwer:

Deutschland, Deutschland über alles
über alles in der Welt,
wenn es feht zu Schutz und Truhe
brüderlich zusammenhält.

Der Berliner Vertrag hat erst die Vertagung gegen Deutschland eingeleitet. Es liegt an uns die Aufgabe, zu beweisen, daß wir nach all dem Bösen, das wir erlebt haben, wenigstens zum letzten großen Volksterrat, zur Vernichtung an uns selbst nicht fähig sind. Der jetzt noch nicht weiß, was die Erhaltung des Deutschen Reichs für uns bedeutet, wer die Hand dazu bietet, um es von innen heraus zu zerstören, wer so den äußeren Feinden in die Hände arbeitet, den muß die allgemeine Vernichtung treffen. Wäge die Erinnerung an den 18. Januar dazu beizutragen, daß